

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39  
Telex: 886 846 ppbn d

## Inhalt

Dr. Hermann Scheer MdB  
zum jüngsten Atomtest der  
USA: Bonn trägt Mitver-  
antwortung.

Seite 1

Heiko Schultz MdL zur Ab-  
sicht Bayerns, sozialpädago-  
gische Projekte einzufrieren:  
Schwervermittelbaren Ju-  
gendlichen würde die Hilfe  
entzogen.

Seite 2

Dr. Uwe Holtz MdB zum  
Afghanistan-Problem: Schlüs-  
sel zur Überwindung liegt  
im Ost-West-Verhältnis.

Seite 3

Dr. Renate Lepsius MdB zum  
80. Geburtstag von Marta  
Schanzenbach: Eine Frau der  
ersten Stunde.

Seite 4

Dokumentation  
Die SPD Niedersachsen hat  
eine erste Auswertung des  
Ergebnisses der Bundestags-  
wahl vorgenommen: Koali-  
tionsfragen sind keine Prin-  
zipienfragen.

Seite 6

42. Jahrgang / 25

5. Februar 1987

Bonn trägt Mitverantwortung

Feststellungen zum jüngsten Atomtest der USA

Von Dr. Hermann Scheer MdB  
Obmann der Arbeitsgruppe Abrüstung und Rüstungskon-  
trolle der SPD-Bundestagsfraktion

Der Protest der Mehrheit der amerikanischen Abgeordneten gegen den jüngsten Atomtest wird von der SPD voll unterstützt. Dieser Test zeigt, daß die amerikanische Regierung keinerlei Interesse an einer atomaren Abrüstung hat. In kalt-schnäuziger Weise brüskiert sie damit die gesamte Weltöffentlichkeit.

An dieser Entwicklung trägt die Bundesregierung eine eindeu-  
tige Mitverantwortung:

- Mehrfach haben die Regierungsparteien im vergangenen Jahr Anträge der SPD-Bundestagsfraktion abgelehnt, die eine Unterstützung der Bemühungen für einen vollständigen Atomteststopp durch die Bundesregierung forderten. Es wurde abgelehnt, obwohl die Sowjetunion seit dem Januar 1986 bereit ist, alle früheren westlichen Kontrollbedingungen für einen Atomteststopp zu erfüllen.
- Die Bundesregierung hat auch die SPD-Forderungen abgelehnt, in der NATO gemeinsam mit anderen Regierungen Druck auf die amerikanische Regierung auszuüben, damit diese sich zu einem Teststopp bereit erklärt.

Damit fiel die Bundesregierung auch der Mehrheit des ameri-  
kanischen Kongresses in den Rücken, die sich um eine Einstel-  
lung der amerikanischen Tests bemüht. Dabei sollte nicht über-  
sehen werden, daß auch die FDP - entgegen ihren gutklingen-  
den Verlautbarungen - das Untergraben der Teststoppbemü-  
hungen stets mitmachte.

Die SPD wird erneut einen Entschließungsantrag im Bundestag  
einbringen, der eindeutige Initiativen der Bundesregierung ver-  
langt, sich für einen sofortigen Teststopp einzusetzen.

(-/5.2.1987/rs/ks)

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50  
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Kundinnen können  
mit einem alten Abonnement  
Kontingenz-Papier



**Bayern will sozialpädagogische Projekte einfrieren**

Die lebensnotwendige Hilfe für schwer vermittelbare Jugendliche würde empfindlich eingeschränkt

Von Heiko Schultz MdL

Die bayerische SPD-Landtagsfraktion hat die CSU-Staatsregierung aufgefordert, das Programm „Sozialpädagogische Maßnahmen gegen die Folgen der Jugendarbeitslosigkeit“ auszubauen. Endziel muß eine flächendeckende Versorgung Bayerns durch Projektarbeit mit arbeitslosen Jugendlichen sein. Mit Hilfe des Programms wurden seit 1981 sowohl Projekte der öffentlichen wie der freien Träger der Jugendhilfe gefördert. Allein bei der Evangelischen Jugendsozialarbeit laufen derzeit etwa 30 Projekte, verteilt auf 17 verschiedene Orte in Bayern. Angesichts der Jugendarbeitslosigkeit suchten auch Bayerns Städte, vornehmlich sozialdemokratisch regierte, nach neuen Arbeitsfeldern für die Jugendlichen und Heranwachsenden. In Zusammenarbeit mit dem Arbeitsamt wurde eine Beschäftigung in der Verwaltung ebenso angeboten wie im Krankenhaus oder Gartenamt. Die meisten Städte verbinden diese Arbeitbeschaffung mit einer sozialpädagogischen Hilfestellung.

22 kreisfreie Städte richteten in letzter Zeit Projekte für junge Arbeitslose ein. So hat Fürth ein Projekt für arbeitslose Jugendliche organisiert, Kempten das „Ökomobil“ erfunden (arbeitslose Jugendliche legen Biotop an oder zerkleinern biologische Abfälle) und Erlangen bietet erwerbslosen Heranwachsenden in einer „Kultur- und Umweltwerkstatt“ die Chance, sich je nach Fähigkeiten zu qualifizieren. Städte wie München und Amberg übernehmen „Ausbildungspatenschaften“.

Diese zarten Pflänzchen oft phantasievoller und durchaus nützlicher Projekte, um die Jugendarbeitslosigkeit ein wenig einzudämmen, will nun offensichtlich die CSU-Staatsregierung nicht zum Blühen bringen. Wie nämlich von beteiligten Trägern des Programms „Sozialpädagogische Maßnahmen gegen die Folgen der Jugendarbeitslosigkeit“ zu erfahren ist, soll die bisherige Fördersumme eingefroren und die Förderquote auf 60 Prozent gesenkt werden. Betroffen werden dadurch vor allem die sogenannten schwervermittelbaren Jugendlichen, die auch bei einer eventuellen Verbesserung des Arbeitsmarktes keine berufliche Perspektive entwickeln können und der Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt hoffnungslos unterlegen sind. Ein Ausbau des Programms ist daher nicht nur sozialpolitisch wichtig, sondern für viele Projekte und davon betroffene Jugendliche lebensnotwendig.

Bayern bildet im Vergleich zu allen Bundesländern das Schlußlicht bei der staatlichen Förderung von Arbeitslosenprojekten. Die SPD wird sich im Landtag deshalb dafür einsetzen, daß die staatlichen Mittel für Maßnahmen gegen die Erwerbslosigkeit - insbesondere gegen die Jugendarbeitslosigkeit - spürbar erhöht werden. Durch solche finanzielle Unterstützung werden im weitaus stärkeren Maße sowohl die Kommunen als auch die freien Träger in die Lage versetzt, solche Maßnahmen gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit durchzuführen.

(-/5.2.1987/rs/ks)

\* \* \*

Kabul will den Konflikt beilegen

Aber der Schlüssel zur Überwindung des Afghanistan-Problems liegt im Ost-West-Verhältnis

Von Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit des Deutschen Bundestages

„Wer nicht gegen uns ist, ist für uns.“ Diese Parole, vom afghanischen Staats- und Parteichef Nadji-bullah am 15. Januar 1987 auf der Konferenz der Nationalen Vaterlandsfront in Kabul ausgegeben, deutet einmal mehr darauf hin, wie sehr den Herrschenden in Kabul an einer Beilegung des Bürgerkrieges in ihrem Land gelegen ist.

Auch die „Schutzmacht“ Sowjetunion, deren Einmarsch diesen Konflikt erst vollends entfachte, zeigt unverkennbar ihr Interesse an einem Erfolg des „Programms zur nationalen Versöhnung“. Der Besuch des sowjetischen Außenministers Schewardnadse in Kabul deutet darauf ebenso hin wie die Reise des stellvertretenden sowjetischen Außenministers Kowaljew nach Islamabad im Januar.

Pakistan, das mit rund drei Millionen Flüchtlingen aus dem Nachbarland fertig werden muß, zeigt sich bemüht, eine Kompromißlösung zu erleichtern. Der Schlüssel zur Lösung des Konflikts aber liegt in einer Entspannung des Ost-West-Verhältnisses.

So lange die Mudschahedin, die den am 15. Januar von der Regierung in Kabul einseitig verkündeten Waffenstillstand ablehnen, auf westliche Unterstützung zählen können, werden sie versuchen, ihre harte Linie durchzuhalten. Die Vereinigten Staaten aber, von denen die Unterstützung maßgeblich geleistet wird, zeigen bislang weder in der Frage des Atomtest-Stopps noch beim Afghanistan-Konflikt ein Interesse daran, die Ernsthaftigkeit der sowjetischen Angebote auf die Probe zu stellen.

Eine zweite Phase der Entspannungspolitik, die die Sozialdemokraten seit langem fordern, käme auch Afghanistan und einer selbstbestimmten nationalen Aussöhnung zugute.

(-/5.2.1987/rs/ks)

\* \* \*

### Eine Frau der ersten Stunde

Marta Schanzenbach zum 80. Geburtstag

Von Dr. Renate Lepsius MdB

Marta Schanzenbach, aus Gengenbach in Baden stammend, begeht am 7. Februar 1987, inmitten ihrer Familie, der Arbeiterwohlfahrt und den Frauen aus der Sozialdemokratischen Partei ihren 80. Geburtstag. Sie gehört, als „Frau der ersten Stunde“, zu den sozialdemokratischen Politikerinnen der zweiten parlamentarischen Generation, die nach dem Ende der nationalsozialistischen Diktatur zugepackt und den sozialen Rechtsstaat aus den Trümmern mit aufgebaut haben. Ihre politischen Wurzeln verweisen noch in die Weimarer Republik: Ihr Herz gehörte dem Proletariat, dem sie im Berliner Arbeiterviertel begegnet war und aus dem sie selbst kam. Sie wurde Fürsorgerin und hat ihr Leben diesen Menschen gewidmet: In der Arbeiterwohlfahrt fand sie ihre Heimat.

Ihr Vater gehörte zu den Mitbegründern der SPD in Gengenbach. Er war Waldarbeiter, ihre Mutter eine ausgebildete Modistin. Marta Schanzenbach, blitzgescheit, wollte eigentlich Lehrerin werden, auf jeden Fall „raus aus der Armut“ kommen, sich weiterbilden. Über die sozialistische Arbeiterjugend - die „junge Garde des Proletariats“ - fand sie ihren Weg in die Sozialarbeit und kam Mitte der 20er Jahre auf Umwegen an die Berliner Wohlfahrtsschule der Arbeiterwohlfahrt. Marie Juchacz, Begründerin der Arbeiterwohlfahrt, und Hedwig Wachenheim aus Mannheim, beide halfen ihr dabei.

Im Berlin der Weimarer Republik hat sie auch viele politische Freunde gewonnen, die ihr später im ersten Deutschen Bundestag wieder begegneten: Louise Schröder, Fritz Eiler, auch der Alterspräsident Paul Löbe gehörten dazu. Auf der Berliner Wohlfahrtsschule hatte man ihr schon prophezeit: „Du landest bestimmt noch einmal im Reichstag“. Dazu ist es dann nicht mehr gekommen. Sie und auch ihr Mann wurden nach der Machtergreifung der Nazis aus ihrer Arbeit entlassen. Erst 1940, nachdem ihre beiden Kinder, ein Sohn und eine Tochter, geboren waren und ihr Mann eingezogen wurde, nahm sie wieder eine Stelle als Fürsorgerin an. Das war noch in Berlin, das sie bald aber verließ, um in ihre badische Heimat zurückzukehren. Ihr Mann ist im Kriege vermißt.

Das Kriegsende hat sie in Gengenbach erlebt. Die „Stunde Null“ war für sie der Beginn ihrer umfassenden Mitarbeit beim gleichsam aus dem Nichts erfolgenden Aufbau der südbadischen Arbeiterwohlfahrt. Bald wurde sie Vorsitzende nach Gründung eines Landesverbandes der Arbeiterwohlfahrt für Südbaden, später hat sie als stellvertretende Bundesvorsitzende ihre praktischen Lebenserfahrungen in die Arbeiterwohlfahrt eingebracht. Noch heute ist sie, rüstig und stets für eine gute Sache kampfbereit, als Ehrenvorsitzende im Bezirksverband Baden der Arbeiterwohlfahrt bei nahezu jeder Sitzung dabei. Diese Arbeit, sagt sie dazu, gibt ihr „ein Glücksgefühl, das aus dem Helfenkönnen resultiert“.



Ihr politischer Werdegang lief parallel: Landesvorstandsmitglied der SPD in Baden wurde sie gleich nach 1945, sie half beim Auf- und Ausbau der SPD in Baden-Württemberg und kam 1949 in den Deutschen Bundestag, dem sie bis 1972 angehörte. In vielen Ausschüssen, dem für Jugend- und Familienfragen, wie auch dem Verteidigungsausschuß, war sie für ihre Klientel tätig, widmete sich dem Jugendwohlfahrtsgesetz, dem Bundessozialhilfegesetz und zahlreichen wohlfahrtspflegerischen Details der Gesetzesarbeit; auch der Partei diente sie nach ihrer Wahl in den Parteivorstand der SPD, die auf dem Stuttgarter Parteitag 1958 erfolgte, in zahlreichen Gremien. Ihre Generation der Parlamentarierinnen, zu der auch Käthe Strobel und Irma Keilhack, ihre Freundinnen, zu rechnen sind, hat aus der Fraktionsarbeit die „Wende“ auf dem Stuttgarter Parteitag vollzogen und in Godesberg 1959 die Öffnung der SPD zu einer großen Volkspartei entscheidend mitgetragen.

Als sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete stieg Marta Schanzenbach in die Parteihierarchie hoch ins Präsidium, dem sie bis 1966 angehörte. Sie wurde Vorsitzende des Bundesfrauenausschusses, Käthe Strobel bei der Bildung der Großen Koalition die erste sozialdemokratische Bundesministerin. Frühzeitig war Marta Schanzenbach als Vorsitzende des Bundesfrauenausschusses bewußt, daß die Frauenfrage innerhalb der SPD im Geiste von mehr Gleichberechtigung der Frauen vorangetrieben werden mußte. Gegen mancherlei Widerstand, wie ich mich erinnere, hat sie eine Öffnung zu „bürgerlichen“ Frauen vollzogen und auch junge, erstmals auch intellektuelle Frauen, die aus den Universitäten kamen, Anfang der 60er Jahre in die Frauenarbeit einbezogen. Als sie aber entdeckte, daß jüngere Frauen Gedanken entwickelten, „die zu denken ich nicht gewagt hätte“, trat sie von ihrem Amt zurück.

Ihre politische und fürsorgliche Arbeit hat sie immer als Dienst für Menschen verstanden. Ihre politischen Leitbilder, an denen sie sich in politisch delikaten Situationen orientierte, waren Eriker, Wehner und Helmut Schmidt: Wir haben Marta Schanzenbach für das Leitbild, das sie uns gab, zu danken.

(-/5.2.1987/rs/ks)

\* \* \*



**DOKUMENTATION****SPD Niedersachsen: Koalitionsfragen sind keine Prinzipienfragen**

Zu politischen Konsequenzen aus dem Ergebnis der Bundestagswahl besonders auch in Niedersachsen haben der Vorsitzende des SPD-Landesverbandes, Johann Bruns, und der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Gerhard Schröder, in einem gemeinsamen Brief an die Mitglieder der SPD in Niedersachsen Stellung genommen. Der Brief hat folgenden Wortlaut:

„Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

die niedersächsische SPD hat bei der Bundestagswahl besser abgeschnitten als andere Landesverbände. Wir haben zugelegt, wo andere verloren haben. Damit setzt sich eine Entwicklung fort, die mit der Landtagswahl begonnen und bei der Kommunalwahl angehalten hat. Vor der Landtagswahl betrug der Abstand zwischen uns und der CDU 14 Prozent. Jetzt liegen wir in Niedersachsen gleichauf. Für die nächste Landtagswahl ist unsere Startposition deshalb gut. Das ist ein Erfolg unserer gemeinsamen Arbeit. Wir danken Euch sehr herzlich dafür.

All das ist ein Erfolg unserer inhaltlichen Positionen, die wir alle gemeinsam in Nürnberg beschlossen haben. Daran darf nicht gerüttelt werden. Wo wir Defizite haben, sind es nicht Programmdefizite. Aber wir haben unsere Positionen nicht immer deutlich genug machen können. Wenn wir es schaffen, durch mehr inhaltliche Klarheit alle, die uns wählen wollen, zur Stimmabgabe zu bewegen, hat die Albrecht-CDU keine Chance. Denn diese Partei ist eindeutig auf dem Abstieg, inhaltlich wie personell. Ihr Programm ist veraltet und ihre Führung ist verbraucht und daher unfähig, die Probleme des Landes in Gegenwart und Zukunft zu lösen.

Angesichts dessen ist in Niedersachsen die Machtfrage aktueller denn je. Wir müssen also heute anfangen, unsere Kraft darauf zu konzentrieren, die Mehrheit in unserem Land wiederzugewinnen.

Dabei dürfen wir den Anspruch nicht aufgeben, diese Aufgabe alleine zu lösen. Eine Partei, die die Macht nicht für sich - und nur für sich - erkämpfen will, gibt sich selbst auf. Sie versäumt es damit, ihre Mitgliedschaft auf Kampf einzustellen. Auf der anderen Seite gilt, daß eine Partei, die nicht koalitionsfähig ist, ihre Chancen reduziert, die politische Macht zu erlangen.

Deshalb muß die große linke Volkspartei SPD prinzipiell koalitionsfähig und koalitionsbereit sein. Koalitionsfragen sind keine Prinzipienfragen. Koalitionen zwischen Parteien dürfen nicht in den Rang historischer Bündnisse erhoben werden.

Wegen großer inhaltlicher Differenzen und aus staatspolitischen Gründen scheidet eine große Koalition außerhalb nationaler Krisen aus. Gegenüber beiden kleinen Parteien in den Parlamenten muß die SPD aber grundsätzlich koalitionsbereit sein. Wer Partner sein kann, bestimmt das Maß an inhaltlichen Gemeinsamkeiten zwischen den möglichen Partnern ebenso, wie das Maß der Fähigkeit eines denkbaren Partners, eine kalkulierbare Politik für eine volle Legislaturperiode zu verantworten.

Für die niedersächsische SPD besteht derzeit keine Notwendigkeit, diese Fragen abschließend zu beantworten. Sicher werden bei der Beantwortung dieser Fragen auch Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit anderen Parteien in den niedersächsischen Kommunen eine bedeutsame Rolle spielen.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, angesichts dessen, was wir zusammen geleistet haben, wäre es fatal, wenn wir unsere Schlagkraft durch überflüssige Debatten verzettelten. Auf der inhaltlichen Basis von Nürnberg und entsprechend den in diesem Brief geäußerten Vorstellungen sollte die niedersächsische SPD ihre Entscheidungen treffen.

Mit freundlichen Grüßen  
gez. Johann Bruns  
gez. Gerhard Schröder“.

(-/5.2.1987/rs/ks)

\* \* \*